



Jahresbericht 2023
der Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit

Inhalt

Entwicklungen in der BAG KJS – Einführung und Überblick	3
Arbeitsschwerpunkte von Mitgliederversammlung und Vorstand	4
Mitgliederversammlung.....	4
Vorstand.....	4
Politische Themen und Aktivitäten	5
Haushalt 2024.....	5
Europawahl.....	6
Migration	6
Kinder- und Jugendgrundsicherung.....	7
Jugendarmut.....	7
Digitalisierung	7
Politische Teilhabe und Jugendbeteiligung	8
Demokratiebildung.....	8
Psychische Gesundheit junger Menschen	9
Klimagerechtigkeit.....	9
Bundesgeschäftsstelle und Programme	10
Programm Jugendsozialarbeit.....	10
Programm Jugendmigrationsdienste (JMD).....	13
Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H).....	14
Programm Respekt Coaches (RC), angegliedert an die JMD.....	15
Programm Mental Health Coaches (MHC), angegliedert an die JMD.....	16
Vernetzung und Vertretung.....	18
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Sprecher-Rolle).....	18
Trägerkreis Katholische Kinder- und Jugendhilfe.....	18
Trägerkreis Josefstag	18
afa-Kooperationskreis.....	19
Ständige Fachkonferenz Berufliche Bildung.....	19
YES-Forum	19
IJAB	19
Mitarbeitende der Geschäftsstellen der BAG KJS.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Entwicklungen in der BAG KJS – Einführung und Überblick

Das vergangene Jahr war für die BAG KJS außergewöhnlich. Aufgrund des Fachkräftemangels und zusätzlicher Krankheitsfälle kam es zu einer hohen Arbeitsbelastung für die Kolleg*innen. Dank des Engagements und der Flexibilität aller Mitarbeiter*innen, der vorübergehenden „Reaktivierung“ ehemaligen Personals sowie einer verstärkten Präsenz des Geschäftsführers in Düsseldorf konnten alle Verpflichtungen erfüllt werden. Neue, durch das Bundesverwaltungsamt vorgegebene, aufwendige „Tiefenprüfungen“ wurden ausgeführt; insbesondere alle Verwendungsnachweise der Programme konnten fristgerecht, vollständig und in der gewohnten Qualität erstellt werden.

In dieser schwierigen Situation erreichte die BAG KJS am 14. Juli 2023 aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Nachricht, dass für 2024 bisher ungekannte Kürzungen anstehen, wodurch unter anderem die Programme GF-H und Respekt Coaches ihre Arbeit zum Jahresende einstellen mussten. Neben der Arbeitsbelastung mussten sich die Mitarbeiter*innen – in der Geschäftsstelle und bei den Trägern – nun zusätzlich mit mangelnder Anerkennung ihrer Leistungen durch das BMFSFJ sowie mit Zukunftsängsten und Sorgen um ihre Arbeitsplätze auseinandersetzen. Die Verunsicherung hierdurch hält weiter an.

Die BAG KJS hat in dieser Situation eine zweigleisige Strategie verfolgt: Sie hat den Rückbau vorbereitet und gleichzeitig die Lobbyarbeit in den Mittelpunkt gestellt. Es konnten Konditionen mit dem BMFSFJ ausgehandelt werden, die die meisten in der Geschäftsstelle betroffenen Arbeitsplätze bis Mitte 2024 sicherten. Im Gegensatz zu anderen Trägern konnte die Geschäftsstelle auf vorschnelle Kündigungen verzichten.

Obwohl die Kürzungen zum Jahresende größtenteils vom Bundestag zurückgenommen wurden, bleibt das Vertrauen in die Hausleitung des BMFSFJ stark beeinträchtigt. Bis heute (Anfang März 2024) gibt es keine klaren politischen Aussagen darüber, wie es mit den betroffenen Programmen über 2024 hinaus weitergehen soll. Stattdessen wird auf eine erneute Kürzungsrunde verwiesen und zur Lobbyarbeit gegenüber dem Parlament aufgefordert.

Die BAG KJS macht in allen Kontakten mit dem BMFSFJ deutlich, dass klare Perspektiven zur Kinder- und Jugendpolitik erwartet werden und eine dynamisierte Förderung notwendig ist. Es wird darauf hingewiesen, dass sich bereits Mitarbeiter*innen und Träger aus den Programmen zurückziehen und dass dies zunehmen wird, wenn vor Ort wieder monatelange Lobbyarbeit anstelle der Arbeit mit den jungen Menschen im Fokus steht. Es besteht die Gefahr eines Rückbaus der Jugendsozialarbeit, der in absehbarer Zeit nicht rückgängig gemacht werden kann – insbesondere angesichts des Fachkräftemangels.

Eine deutliche Verbesserung und Entspannung der Situation in der Geschäftsstelle ergab sich mit dem Stellenantritt des neuen Leiters Finanzen, Personal und Verwaltung zum 1. September 2023.

Der Vorstand und die Geschäftsführung sprechen allen Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle in Düsseldorf und Berlin ihren besonderen Dank aus!

Durch engagiertes Handeln, gegenseitige Unterstützung im Team, das Einbringen von guten Ideen, Ausdauer und das Aushalten von Unsicherheiten konnte die Geschäftsstelle auch in einem ungewöhnlichen Jahr ihre Aufgaben erfüllen und ihren wichtigen Beitrag für die jungen Menschen leisten!

Arbeitsschwerpunkte von Mitgliederversammlung und Vorstand

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen.

Vom 23. bis 24. Mai 2023 fand die Versammlung in Bensberg statt. Wichtige inhaltliche Beratungspunkte waren:

- Studienteil und inhaltliche Position zur Krisenlage junger Menschen
- Debatte über Neu-Vergabe Themenfelder
- Berichte zur Umsetzung aus den Themenfeldern sowie Entlastung
- Berichte zum Stand der Projekte
- Debatte und Beschluss über Bewertungskriterien

Die Mitgliederversammlung tagte erneut am 23. November 2023, in diesem Fall digital. Weitere Tagesordnungspunkte waren:

- Jahresabschluss
- Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Haushaltsplanung 2024
- Beschluss zum Verfahren zur Vergabe der Themenfelder
- Beratung zum Austritt des SkF

Der Vorstand ist dankbar, für qualifizierte inhaltliche Debatten und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Mitgliederversammlungen.

Vorstand

Nach dem Rücktritt eines stellvertretenden Vorstandsmitglieds wurde Elise Bohlen im Mai als Nachfolgerin in den Vorstand gewählt. Dadurch konnte auch in den Krisenzeiten ein vollständig besetzter und erfahrener Vorstand in guter Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle die notwendigen Strategien entwickeln, wichtige Entscheidungen treffen und die Prozesse unterstützen und begleiten. Die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstands im November sorgt für Kontinuität in den Standpunkten, Strategien und der Politik in diesen schwierigen Zeiten. Für die Legislatur 2023 bis 2026 sind in den Vorstand gewählt: Dr. Stefan Ottersbach (Vorsitzender), Elise Bohlen, Stefan Ewers und Michael Kroll (alle stellvertretend).

Der Vorstand traf sich 2023 zu Terminen in einer höher als geplanten Frequenz. Außerordentliche Termine wegen der intensiven Beratung zum Umgang mit den Kürzungen im Bundeshaushalt und den Folgen für Personalplanung waren notwendig.

Die Termine im Berichtszeitraum waren:

- 23.02.2023
- 11.05.2023
- 14./15.06.2023 (Klausur)
- 24.07.2023
- 08.08.2023
- 20.09.2023
- 13.10.2023
- 13.11.2023
- 07.12.2023

In den Sitzungen beschäftigte sich der Vorstand insbesondere mit folgenden Themen:

- Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 (siehe entsprechenden Absatz)
- Zusammenarbeit im (neuen) Vorstand
- Auswertung und Vorbereitung der Mitgliederversammlung
- Vernetzung innerhalb der Themenfelder/Binnenkommunikation
- Planung und Strategie Lobbyarbeit
- Flucht/Migration und Weiterentwicklung des Themenfeld (siehe entsprechenden Absatz)
- Aktivitäten zur Europawahl (siehe entsprechenden Absatz)
- Kinder- und Jugendgrundsicherung (siehe entsprechenden Absatz)
- Josefstag
- Jugendarmut (siehe entsprechenden Absatz)
- Übergang U25 von SGB II in SGB III (siehe entsprechenden Absatz)
- JMD: Spitzengespräche DCV
- Psychische Gesundheit junger Menschen, u. a. Projekt Mental Health Coaches (siehe entsprechenden Absatz)
- Personal und Finanzen

Politische Themen und Aktivitäten

Haushalt 2024

Der Entwurf des Bundeshaushaltes 2024, den die Bundesregierung im Juni 2023 vorlegte, sah Kürzungen im Kinder- und Jugendplan von mehr als 45 Millionen Euro vor. Explizit wollte die Bundesregierung das Programm Respekt Coaches zum Ende des Jahre 2023 ebenso einstellen wie die Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule. Überdies waren Kürzungen im Programm JMD geplant und für das Programm Jugendsozialarbeit weder Aufwuchs noch Dynamisierung vorgesehen.

Vorstand und Geschäftsstelle reagierten nach innen und außen. Während einerseits die personellen und arbeitsrechtlichen Folgen bewertet sowie die Kommunikation mit den Trägern organisiert wurden, legte der Vorstand eine Lobbystrategie fest. Im Kern ging es um die Absicherung der Programme Jugendsozialarbeit und Jugendmigrationsdienste sowie um den Erhalt der RC und der Bildungsberatung GF-H. In der Position „Die massiven Kürzungen im Kinder- und Jugendplan zurücknehmen“ heißt es: „Jugendsozialarbeit muss auskömmlich und verlässlich gefördert werden: Keine Streichung der Respekt Coaches als Extremismus-

Prävention an Schulen und der Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule für junge Zugewanderte!“.

Intensive Gespräche und Dialoge (Briefe, Mails) mit Verantwortlichen in der Regierungskoalition und in der demokratischen Opposition sowie mit Netzwerkpartner*innen bestimmten seit Juni die tägliche Arbeit. Zudem wurde das Engagement der Träger in den Programmen und Projekten unterstützt. Die große Kraftanstrengung war zunächst für den Haushalt 2024 erfolgreich: Die Kürzungen wurden weitgehend zurückgenommen, das Projekt RC zunächst bis Ende 2024 verlängert, die Bildungsberatung GF-H abgesichert und die JMD mit leichten Kürzungen ausgestattet. Das Programm JSA muss seit 2018 mit unverändert fortgeschriebenen Fördermitteln planen.

Europawahl

Im Juni 2024 wird in der Europäischen Union das Parlament neu gewählt. Erstmals haben in Deutschland junge Menschen ab sechzehn Jahren das aktive Wahlrecht. Der Vorstand beschloss ein Konzept, mit dem Demokratiebildung und politische Bildung bis zur Europawahl in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit gestärkt werden sollen. Ziel ist, dass junge Menschen ab 16 ihr Wahlrecht nutzen und die Fachkräfte mit niederschweligen Methoden den Weg zur Wahl begleiten können. Dazu organisierten die Themenfelder „Gesellschaftliche Entwicklungsprozesse begleiten und gestalten“ und „Europa als Chance für alle jungen Menschen“ gemeinsam mit dem Grundlagenreferat und der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB) eine Multiplikator*innen-Schulung. Sie fand über den Kreis der katholischen Träger hinaus Anklang.

In Vorbereitung sind für das Jahr 2024 eine Position mit Forderungen/Erwartungen an die künftigen Mitglieder des Europäischen Parlaments. In einem Politikbrief zur Jugendbeteiligung in Europa werden ebenfalls Erwartungen formuliert.

Migration

Die Debatte um die Aufnahme und Integration Geflüchteter wurde auch im Jahr 2023 polarisiert geführt. Der politische Diskurs verschob sich weiter in die nationalistische und rechtsextreme Richtung. Auf Europäischer Ebene verhandelten die Nationalstaaten Maßnahmen, die das Recht auf Asyl beugen und die Abschottung stärken. Angereichert durch die Erfahrungen aus der Beratung junger Migrant*innen in den Jugendmigrationsdiensten formulierte der Vorstand die Position „Bedingungen für eine menschenwürdige und gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik“. Darin wird an die Schutz-Zusagen aus internationalen Verträgen wie den Menschenrechten oder der Europäischen Charta erinnert und gefordert, dass Menschen an den Grenzen nicht abgewiesen, sondern würdig behandelt und in Sicherheit gebracht werden. Vor allem junge Menschen müssen bei der Integration durch die Jugendsozialarbeit unterstützt werden. Gefordert wird zudem eine moderne und solidarische Einwanderungspolitik.

Zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gab die BAG KJS eine fachliche Stellungnahme ab und sprach sich dafür aus, die Integration zu erleichtern sowie die Mitwirkung in der Gesellschaft zu stärken. Die Pläne zur Abschiebung, die im Bundestag parallel beraten wurden, kommentierte die BAG KJS ablehnend.

Das weitere Engagement der BAG KJS zum Thema Migration wird in diesem Bericht unter anderem im Absatz Jugendmigrationsdienste beschrieben.

Kinder- und Jugendgrundsicherung

Das BMFSFJ begann im Jahr 2023, mit der Kindergrundsicherung ein sozialpolitisches Reformvorhaben der Koalition umzusetzen. Zunächst stritten BMFSFJ und Bundesfinanzministerium jedoch über die Höhe der Mittel, die zur Verfügung stehen. Im Entwurf für das Gesetz spiegelte sich wider, dass keine wirkliche Reform zu erwarten ist. In einer fachlichen Stellungnahme kritisierte die BAG KJS den Gesetzentwurf als unzureichend. Eine wirksame Kinder- und Jugendgrundsicherung mit bedarfsgerechten Regelsätzen für Kinder und Jugendliche sowie deren Familien bleibt als Forderung erhalten. Nach aktuellem Stand organisiert das Gesetz aus Sicht der BAG KJS lediglich Leistungen neu, schafft mehr augenscheinlich als real eine Vereinfachung der Bürokratie, stellt aber nicht die finanzielle Unterstützung bereit, die Armut wirksam bekämpfen und gerechte Teilhabe aller schaffen kann. Der Gesetzgebungsprozess ist aktuell im parlamentarischen Verfahren und wird dort nach unserer Kenntnis umfangreich nachgebessert.

Die BAG KJS begleitet den Prozess weiter und arbeitet vernetzt mit anderen Organisationen zusammen – sowohl in katholischen Netzwerken als auch im Bündnis Kindergrundsicherung.

Jugendarmut

Die Entwicklungen zur Jugendarmut in Deutschland werden durch die BAG KJS kontinuierlich beobachtet und kommentiert. Nachdem der Monitor „Jugendarmut in Deutschland“ zum Jahresende 2022 veröffentlicht wurde, war das Jahr 2023 durch das Vorstellen der Ergebnisse und daraus abgeleiteter Handlungsanforderungen geprägt. Die BAG KJS wird als Expertin um Einschätzungen und Impulse gebeten, etwa auf der ConSozial, während der Nikolaustagung des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit, einer Tagung der Jungen Nordkirche, in der Federführungsgruppe „Prekäre Lebenslagen“ des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit oder einer Podiumsdebatte der Katholischen Jugendsozialarbeit Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland. Zum Thema Jugendarmut gab die BAG KJS gemeinsam mit dem Kinderschutzbund auch einen Input im Beirat zum Nationalen Aktionsplan (NAP) Kinder- und Jugendbeteiligung des BMFSFJ. Überdies wurden auf Nachfrage Artikel für Fachpublikationen erstellt.

Der Vorstand diskutierte zudem einen Katalog an Forderungen zur Jugendarmut, der u. a. aus bisherigen Positionierungen zum Thema erarbeitet wurde. Der Katalog wird als Grundlage für Artikel und zur Begleitung politischer Prozesse genutzt. Beispielsweise wirkt die BAG KJS im Rahmen der Nationalen Armutskonferenz (nak) an Papieren mit, insbesondere am Schattenbericht der nak zum Armutsbericht der Bundesregierung. Hier bringt die BAG KJS in erster Linie die Perspektive Jugendlicher ein, die zwischen Kindern und Erwachsenen zu oft vergessen und wenig beachtet werden.

Digitalisierung

Künstliche Intelligenz und der gesellschaftliche Umgang mit diesem Schub der Digitalisierung beschäftigen die Jugendsozialarbeit und damit auch die BAG KJS. Chancen und Herausforderungen müssen bewertet, Handlungsschritte entwickelt werden. Die Expertise „Teilhabe in einer digitalisierten Welt – Entwicklungsperspektiven durch (soziale) Innovationen“ empfiehlt, dass sich die Jugendsozialarbeit einmischt, die digitale Transformation mit KI pädagogisch

begleitet sowie anwaltschaftlich für junge Menschen die gesetzliche Rahmung unterstützt. Bildungs-, Ausbildungs- und Berufslandschaften werden sich verändern und damit auch Übergänge für und Anforderungen an junge Menschen. Bei Berufsorientierung und bei Bewerbungsprozessen können Bots beispielsweise helfen, den passenden Beruf zu finden oder Bewerbungsunterlagen zu generieren. Das wurde im Rahmen eines kleinen Projektes ausprobiert.

Die AG Digitalisierung hat sich mit dem Komplex der Regulierung auseinandergesetzt und analysiert, welche regulatorischen Prozesse (Beispiel Digital Service Act oder AI-Act auf europäischer Ebene, Jugend(medien)schutz und Netzwerkdurchsetzungsgesetz auf nationaler Ebene) Einfluss auf die Lebenswelt haben. Zentral bleibt, Voraussetzungen für die Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit zu schaffen: Die technische Ausstattung etwa durch einen Digitalpakt weit über Schule hinaus sowie die Förderung zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften im Bereich Digitalisierung/KI.

Politische Teilhabe und Jugendbeteiligung

Mit Formaten wie Jugend-Politik-Tagen oder Bundes-Jugendkonferenz versucht das BMFSFJ, junge Menschen am Agenda-Setting zu beteiligen und ihre Forderungen prominent zu platzieren. Die umsetzenden Träger der Formate sollen explizit benachteiligte junge Menschen einbinden und beteiligen. Die BAG KJS beriet 2023 die Jugendpresse Deutschland als Veranstalter der Jugend-Politik-Tage 2023 und das SPI als Veranstalter der Bundes-Jugendkonferenz 2024, wie Beteiligung gelingen kann. Während 2023 die Umsetzung der Empfehlungen misslang, nahm das SPI die Anregungen teilweise auf und senkte die Hürden: Eine Auseinandersetzung in Einrichtungen der JSA mit den Themen der Bundes-Jugendkonferenz im Vorfeld war möglich, eine Teilnahme am Event in Gruppen mit pädagogischer Begleitung wird unterstützt. Ein Überblick, wie das Angebot von den Trägern vor Ort genutzt wird, liegt nicht vor. Die Skepsis gegenüber Bundesformaten in der Jugendsozialarbeit wird durch Fachkräfte weiterhin deutlich gespiegelt.

In der Position „Gute Lebensperspektiven für junge Menschen“ hat der Vorstand Bedingungen für politische Teilhabe benachteiligter junger Menschen formuliert. Dazu zählt, Beteiligung in den Angeboten der Jugendsozialarbeit zu stärken, lebensweltnahe und niedrighschwellig zu gestalten sowie demokratische Erfahrungsräume zu schaffen. Teilhabe erfahren, Werte und Haltungen entwickeln sowie Regeln und Gesetze für das Miteinander gemeinsam aushandeln – das geschieht in den Angeboten der Jugendsozialarbeit und muss verlässlich gefördert werden.

Bedingungen für Beteiligung mitzugestalten und Politik entsprechend zu beraten, war im Jahr 2023 Aufgabe der BAG KJS. Als Sprecher des Kooperationsverbundes JSA arbeitete der Geschäftsführer im Jugendpolitischen Beirat des BMFSFJ mit. Aufgabe des Beirates ist die fachlich-strategische Beratung bei der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans zur Kinder- und Jugendbeteiligung. Der Grundlagenreferent wirkt in der Nationalen Arbeitsgruppe zum EU-Jugenddialog mit und bringt dort die Interessen der Jugendsozialarbeit ein.

Demokratiebildung

Grundlage für politische Partizipation ist Demokratiebildung und politische Bildung. Die BAG KJS arbeitet weiter mit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB) zusammen. Eine für

2023 gemeinsam konzipierte Fortbildungsreihe fiel mangels Interesses aus. Geplant und umgesetzt wurde eine Multiplikator*innen-Schulung zur Europawahl (siehe Absatz Europa).

Im Bereich Demokratiebildung ist das Projekt Respekt Coaches hervorzuheben, das in einem Absatz ausführlich beschrieben wird. Zum Themenfeld gehört die Mitgliedschaft in der BAG Kirche und Rechtsextremismus, deren Mitgliederversammlung besucht wurde.

Psychische Gesundheit junger Menschen

Die mentale Gesundheit junger Menschen steht weiter im Fokus der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Mit dem Projekt Mental Health Coaches leistet die BAG KJS ihren Beitrag, primärpräventiv an Schulen zu arbeiten (siehe eigenständiges Kapitel). Im Kontext des Projektes beteiligt sich die BAG KJS auch durch Fachartikel (u. a. AGJ-Forum) am Diskurs.

In Vorbereitung ist seit Mitte 2023 ein gemeinsames Symposium mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Veranstaltung ist am 5. Juni 2024 in Berlin geplant, die BAG KJS ist Mitveranstalter und bringt sich mit fachlichen Impulsen sowie Podiumsbeiträgen in das Symposium ein.

Zum Katholikentag hat die BAG KJS gemeinsam mit IN VIA einen Workshop zur Mentalen Gesundheit junger Menschen eingereicht, der für den 31. Mai ins Programm des Katholikentages aufgenommen wurde. Hier wird das Projekt Mental-Health-Coaches im Mittelpunkt stehen.

Klimagerechtigkeit

Im Rahmen der Ressourcen analysiert die BAG KJS die Entwicklungen zur Klimapolitik. Der Fokus liegt darauf, wie Kosten für mehr Klimaschutz und klimafreundliches Handeln sozial gerecht verteilt werden. In der Position „Gute Lebensperspektiven für junge Menschen“ formulierte der Vorstand unter anderem: „Eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsvorsorge und -versorgung, niedrige Preise für qualitativ hochwertige Lebensmittel, finanzierbarer Wohnraum in Städten oder eine regenerative und krisenresiliente Energieversorgung wirken langfristig und schaffen Gerechtigkeit jenseits persönlicher Voraussetzungen. Parallel müssen akute Notlagen durch soziale Transferleistungen ausgeglichen werden.“

Das Thema bleibt im Blick und spielt in unterschiedlichen Politikfeldern und Lebensbereichen junger Menschen eine wachsende Rolle, etwa bei der Mobilität in Ausbildung, Beruf und Freizeit oder bei der Transformation der Wirtschaft mit Wirkung auf Berufe und Anforderungen an Fachkräfte.

Bundesgeschäftsstelle und Programme

Zur Umsetzung ihrer Aufgaben unterhält die BAG KJS eine Geschäftsstelle in Düsseldorf sowie ein Büro in Berlin. Über 30 Kolleg*innen halten den Kontakt zu den Mitgliedsorganisationen, Kooperationspartner*innen, zu Bundesministerien und allen weiteren relevanten Stellen – insbesondere in Politik, Kirche und Wissenschaft. Sie analysieren aktuelle Diskurse, erarbeiten Positionierungen und Handlungsempfehlungen und organisieren die notwendige politische Interessenvertretung. Sie sorgen für die inhaltliche Steuerung, konzipieren Tagungen und Fortbildungsangebote und übernehmen die Bewirtschaftung von Programmen und Projekten. Eine Besonderheit ist die Trägerschaft für die Koordinierungsstelle Bildungsberatung Garantiefonds-Hochschule; von deren 21 Beratungsstellen sind die Hälfte nicht in katholischer Trägerschaft, sondern organisieren sich in der BAG EJSA bzw. der AWO.

Auch im vergangenen Jahr stand im Mittelpunkt, in enger Abstimmung mit dem Vorstand, die fachpolitischen und jugendpolitischen Themen/Schwerpunkte für die Arbeit in der BAG KJS zu identifizieren, abzustimmen und in der Folge zu operationalisieren.

Die Arbeit der BAG KJS finanziert sich nahezu ausschließlich aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes. Alle Bundeszuwendungen für das Jahr 2023 wurden für die BAG KJS beantragt, verwaltet, wie vertraglich vorgesehen weitergeleitet, abgerechnet und der jeweils notwendige Verwendungsnachweis erstellt. Entsprechend den Vereinbarungen und unterjährigen Abstimmungen mit dem BMFSFJ und – bezogen auf die Jugendmigrationsdienste – mit dem Deutschen Caritasverband, konnten die Ziele der Programme „Jugendsozialarbeit“, „Jugendmigrationsdienste“, „Respekt Coaches“ und „Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule“ erreicht und die jeweiligen Aufgaben erfolgreich umgesetzt werden.

Programm Jugendsozialarbeit

Das Programm Jugendsozialarbeit ist geprägt durch den intensiven Austausch mit den themenverantwortlichen Mitgliedsorganisationen und Projektträger*innen. Sowohl Fachliches Controlling, als auch Grundlagenreferat, Öffentlichkeitsarbeit sowie Geschäftsführung sprechen mit den Mitgliedsorganisationen über inhaltliche Weiterentwicklung des Feldes Jugendsozialarbeit, über die Begleitung politischer Prozesse und die Bedarfe der Fachkräfte an Vernetzung und Qualifizierung.

Ferner gestalten die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle im Programm die Prozesse, die im Absatz politische Themen und Aktivitäten beschrieben sind – im Austausch mit den Fachreferent*innen der Mitgliedsorganisationen in thematischer Verantwortung.

In Zusammenarbeit mit den Themenfeldern wurden 2023 folgende politischen Prozesse fachpolitisch begleitet:

Startchancen-Programm

Die Verhandlung der Bundesländer und des Bundes zum Startchancen-Programm liefen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Im Sommer 2023 wurden Eckpunkte veröffentlicht, die deutlich machten, wie Bund und Länder Schulen an herausfordernden Standorten stärken und vor allem benachteiligte Kinder und Jugendlichen unterstützen wollen. Zum Jahreswechsel wurden Details bekannt, zu denen die BAG KJS gemeinsam im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit im Rahmen einer Pressemeldung Stellung bezog.

Systemwechsel U25

Pläne aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sahen vor, den eigenen Haushalt durch einen Zuständigkeitswechsel der jungen Menschen unter 25 (U25) vom SGB II ins SGB III zu entlasten. Ohne fachliche Debatte über Vor- und Nachteile sollten nicht mehr die Jobcenter (SGB II), sondern die Bundesagentur für Arbeit (SGB III) die Begleitung übernehmen. Federführend für den Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit wirkte die BAG KJS auf den Gesetzes- und Diskussionsprozess mit fachlicher Stellungnahme ein. Durch den großen Widerstand von Fachorganisationen, Kommunen und Ländern nahm das BMAS vom Vorhaben Abstand.

Ausbildungsgarantie

Das Aus- und Weiterbildungsgesetz wurde im Mai 2023 vom Bundestag beschlossen. Federführend im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit nahm die BAG KJS an zahlreichen politischen Gesprächen teil und forderte eine weitgehende und inklusive Ausrichtung der Garantie. Nachdem die Forderungen im Gesetz nicht aufgenommen wurden, stehen nun das Monitoring und die kritische Begleitung der Umsetzung auf der Tagesordnung.

Inklusives SGB VIII

Im Jahr 2023 wurde der Beteiligungsprozess des BMFSFJ zum inklusiven SGB VIII abgeschlossen. In Arbeitsgruppen diskutierten Betroffene, Organisationen, Politik und Verwaltung mehrere Optionen für eine Gesetzesnovelle. Die BAG KJS war und ist über das Themennetzwerk der Caritas eingebunden. Nächster Schritt wird sein, einen Gesetzentwurf fachpolitisch zu begleiten.

Junges Wohnen

Mit dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ hat die Bundesregierung ein Sonderprogramm aufgelegt, das Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende schaffen soll. Die BAG KJS brachte in den Beratungsprozess ein, dass neben günstigem Wohnraum auch eine sozialpädagogische Begleitung insbesondere für Auszubildende ebenfalls gefördert wird. Dies wurde im Programm nicht umgesetzt.

Austausch mit Rumänien

Das übergeordnete Ziel des Projekts „Non-formale kommunale Bildungsräume für bildungsbenachteiligte Jugendliche neu denken“ unter Leitung der BAG KJS war es, das Policy Learning von regionalen Netzwerken auf der transnationalen Ebene zu stärken und auszubauen. Unter anderem sollte beantwortet werden, welche exogenen und endogenen Gelingensfaktoren für regionale Netzwerke notwendig sind, welche gesellschaftlichen Akteure einbezogen werden müssen und wie man die Ressourcen der Akteure bündelt, um die Effizienz zu erhöhen. Daneben war ein Ziel Vernetzungsoptionen zu eruieren und aufzubauen. Vornehmlich die Ziele „Policy Learning“ und Vernetzung konnten umgesetzt werden. Der Best-Practice-Austausch war sehr inspirierend und brachte neue Ideen. Beispielhaft hierfür sind die Dortmunder Projekte KitzDO und Digitalwerkstatt sowie das rumänische Projekt FIX.

Bei FIX Cluj handelt es sich um ein partizipatives Lern- und Experimentierwerkzeug, das die Stadt Cluj implementiert hat, um junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren die Möglichkeit zu eröffnen, u. a. soziale Start-ups zu gründen. Im Rahmen

des Projekts wurde überlegt, wie FIX Cluj eine Kooperation mit den Start-up-Hubs der Universität Dortmund aufbauen kann, um die Kreativität und den Mut junger Menschen noch besser zu fördern und Start-up-Ideen im Rahmen der Neuen Europäischen Innovationsagenda zu testen. Eine der diskutierten Optionen ist es, einen regelmäßigen Fachkräfteaustausch zu initiieren, der neben der non-formalen Bildung auch Migration zum Thema hat. Teilnehmende Organisationen aus Deutschland waren: BAG KJS (JMD, JSA), Jugendring Dortmund, Gewerkstatt Bochum, Grünbau Dortmund, Europabüro des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der BAG KJS wurden die Ergebnisse aus der Bearbeitung der Themenfeldverantwortungen, die Projektergebnisse sowie Erkenntnisse oder inhaltliche Schwerpunkte aus den Programmen Respekt Coaches und Jugendmigrationsdienste sowie Mental Health Coaches verwertet, in die bundesweite Fachöffentlichkeit, die Politik und die Wissenschaft kommuniziert. Dazu wurden unterschiedliche Instrumente genutzt:

- Meinungsbildende Papiere wie Stellungnahmen, Positionspapiere oder Pressemitteilungen
- Politikbriefe
- Informierende und meinungsbildende Artikel auf www.jugendsozialarbeit.news und im Newsletter
- Informierende Veröffentlichungen und Meldung auf der Corporate Internetseite der BAG KJS
- Beiträge in Fachzeitschriften und Magazinen
- Beteiligungen an Fachtagungen und Kongressen als Speaker*in

Durch den Instrumentenmix konnten unterschiedliche Zielgruppen und Stakeholder*innen angesprochen und erreicht werden. Zu den erfolgten Reaktionen auf meinungsbildende Papiere der BAG KJS zählten Einladungen zu Gesprächen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Gespräche mit Arbeitgeberverbänden, ein regelmäßiger Austausch mit der Bundesagentur für Arbeit sowie Gespräche mit relevanten Akteur*innen im politischen Raum.

Zusätzlich verbreitet die BAG KJS ihre inhaltlichen Anliegen über Social Media Aktivitäten. Mit der Veröffentlichung des Monitors „Jugendarmut in Deutschland 2022“ ging der Instagram-Kanal der BAG KJS an den Start. Regelmäßig werden dort zu aktuellen jugend- und sozialpolitischen Themen Postings veröffentlicht, ebenso auf dem Facebook Account. Die Interaktionsraten und Anzahl der Follower*innen ist ausbaufähig. Für die inhaltlich/fachliche Social Media Kommunikation wird die BAG KJS künftig stärker auf LinkedIn setzen, bei Facebook und Instagram wird die Bewerbung der „Jugendsozialarbeit News“-Beiträge im Vordergrund stehen. Aufgrund der bei Twitter/X eingetretenen Veränderungen zieht die BAG KJS ihr Engagement auf der Plattform zurück.

Programm Jugendmigrationsdienste (JMD)

Im Berichtszeitraum waren an 127 Standorten Jugendmigrationsdienste in katholischer Trägerschaft tätig. Hier wurden 36.642 junge Menschen mit Migrationshintergrund beraten und begleitet von 277 Hauptamtlichen (davon 104 mit Migrationshintergrund, bezogen auf 195,55 Vollzeitstellen), 65 Honorarkräften (davon 44 mit Migrationshintergrund, bezogen auf 8,35 Vollzeitstellen) und 510 Ehrenamtlichen (davon 271 mit Migrationshintergrund). Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Zuwachs von 4.002 jungen Menschen in den JMD zu verzeichnen. Es wurden 88 KJP-geförderte Gruppenangebote mit 2.500 Teilnehmer*innen durchgeführt. Es zeigte sich aber auch hier, dass u. a. das Antragsverfahren diese Form des Angebots unattraktiv macht, wenn man ins Feld führt, dass nicht-KJP-geförderte Gruppenangebote rund 12.000 Teilnehmer*innen erreichten. Die Angebote wurden insbesondere zu folgenden Themen durchgeführt: Ergänzendes Sprach- und Kommunikationstraining, IT-Seminare/Medienpädagogik, Orientierungshilfen im Bildungs- und Ausbildungssystem, Gesundheitsförderung, Training sozialer Kompetenz, Qualifizierungsangebote im Rahmen der Freiwilligenarbeit, Stärkung der Persönlichkeit und Selbstwirksamkeitstraining etc.

JMD im Quartier trifft als KJP-gefördertes jugendspezifisches Element genau hier einen Nerv, weil es anlassbezogen auf die Nachfrage der jungen Menschen unterjährig reagieren kann und darüber hinaus allen jungen Menschen des Quartiers zur Verfügung steht. Im Berichtszeitraum wurden an acht Standorten insgesamt 50 Mikroprojekte durchgeführt. Zudem wurde im April 2023 in Gotha (Thüringen) ein trägerübergreifendes Standorttreffen durchgeführt, das in diesem Jahr seitens der BAG KJS über den Bund beantragt und abgerechnet wurde.

Die Umsetzung des JMD-Programms an, durch und mit den Standorten gelingt nach wie vor bundesweit hervorragend – sei es nun beispielsweise bei Antragstellung und Verfahrensfragen, bei Wiederbesetzungen von Personalstellen oder auch bei Neugründungen von Standorten. Die Verankerung der Jugendmigrationsdienste in den regionalen Strukturen ist und bleibt eine der wesentlichen Aufgaben und Ziele für die weitere strategische Ausrichtung der Jugendmigrationsdienste. Dies wird u. a. durch die Fachreferent*innen des JMD-Kompetenzteams in den einzelnen Regionen unter Federführung des Bundestutors und des Referenten Integration/Migration als zentrale Fach- und Anlaufstelle für die Arbeit der Jugendmigrationsdienste wahrgenommen. Dadurch wird u. a. der nötige fachliche Austausch und die Informationsweitergabe zwischen Bundes- und Landesebene gewährleistet. In diesem Sinne sind regionale Mitarbeitenden- und Trägertagungen, die von den Fachreferent*innen unter Teilnahme des Bundestutors durchgeführt werden, ein zentrales Element.

Bereits am 15. März 2023 wurde seitens der im JMD-Bundesprogramm tätigen vier Verbände zum parlamentarischen Frühstück mit Abgeordneten eingeladen, um zu besprechen, wie gemeinsam eine dauerhafte Förderung des JMD-Programms „Respekt Coaches“ erreicht werden könne. Durch eine breite Unterstützung konnten im Jahr 2022 gemeinsam die Finanzierung der Jugendmigrationsdienste (JMD) gesichert und drastische Kürzungen beim JMD-Programm „Respekt Coaches“ verhindert werden. Nicht wissend, dass einige Monate später mit der drohenden Einstellung der Programme Bildungsberatung GF-H und Respekt Coaches sowie einschneidenden Kürzungen bei den JMD eine Lobbying-Mammutaufgabe vor uns liegen würde. Dank eines vehementen und starken Einsatzes Vieler konnten diese drastischen Einschnitte nahezu gänzlich rückgängig gemacht werden. Es wird sich

zeigen, ob oder in welcher Weise ein solcher Aufwand auch für das Haushaltsjahr 2025 vonnöten sein wird.

Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H)

Im Jahr 2023 gab es neben der Koordinierungsstelle bei der BAG KJS 21 Bildungsberatungsstellen bei 19 Trägern. 11 Beratungsstellen sind in katholischer Trägerschaft. Trägerübergreifend waren im Programm Bildungsberatung 60 Mitarbeiter*innen mit einem Stellenumfang von etwa 50 VZ-Stellen beschäftigt.

Das Zuwanderungs- und Beratungsgeschehen stand auch in diesem Jahr weiterhin unter dem Einfluss des Angriffskriegs gegen die Ukraine und der daraus erfolgten Migration nach Deutschland. Die Registrierung von Ratsuchenden über die Programmwebsite hat sich mit 4.925 Personen im Vergleich zum Vorjahr reduziert, was auf den Förderstopp im vergangenen Jahr zurückzuführen ist. 7.618 Personen wurden beraten (im Vorjahr 6.868). Darunter nahmen 3.795 Personen erstmals einen Beratungstermin in der GF-H-Bildungsberatung wahr. 1.414 Antragsteller*innen wurden für die Förderung nach den RL-GF-H zugelassen. Der Bedarf an Fördermitteln und Kursplätzen dürfte in diesem Jahr auf das Zwei- bis Dreifache des Jahres 2023 steigen.

Der Anteil weiblicher und männlicher Personen in Beratung und Förderung ist 2023 auf 57 % Frauen in der Beratung und 63 % Frauen bei den Förderzulassungen gestiegen. Der Bedarf an GF-H-Printmedien (Broschüren, Plakate) ist 2023 deutlich gestiegen. Mit rund 22.000 bestellten Flyern hat sich deren Zahl stark reduziert. Die Zahl der Besuche auf der Programmwebsite ist gegenüber dem Vorjahr von 81.224 auf 79.323 leicht gesunken.

Die geplanten Kürzungen im Sommer 2023 haben zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Berater*innen sowie den Trägern geführt. Mehrere Träger mussten Kündigungen aussprechen, was zu arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen führte. Andere Berater*innen haben selbst gekündigt und stehen nun nicht mehr der Bildungsberatung GF-H zur Verfügung. In Berlin und Osnabrück haben sich die Träger (beide Caritas) dazu entschieden, nicht weiter einen GF-H Beratungsstandort zu betreiben. Diese Beratungsstellen gehen an die evangelische Trägergruppe.

Dies bedeutet, dass aktuell mehrere Standorte nicht besetzt sind oder es durch die Übernahme von Standorten zu einem kompletten Neuaufbau kommt. Das zuständige Referat im BMFSFJ ist über die Situation informiert und unterstützt den GF-H bestmöglich, beim „Aufkehren der Scherben“.

Neben den bestehenden Personalherausforderungen ist für die Bildungsberatung die Implementierung einer neuen Richtlinie ein zentrales Anliegen. Die aktuelle Richtlinie läuft am 31. Mai 2024 aus. Damit die Arbeit der Beratungsstellen auch am 1. Juni weitergeführt werden kann, muss zwingend eine neue Richtlinie, wie vom Haushaltsgesetzgeber gefordert, erlassen werden. Hier sind wir im engen Austausch mit dem Ministerium.

Im vergangenen Jahr gab es zahlreiche Lobbyaktivitäten vonseiten der Koordinierungsstelle, des Vorstands und des Geschäftsführers sowie den Berater*innen und einigen GF-H Trägern. Herauszuheben ist eine Online-Petition, die über 20.000 Unterschriften gesammelt hat und von einer Beraterin initiiert wurde.

Daneben gab es zahlreiche Gespräche mit Bundestagsabgeordneten. Grundsätzlich kann zusammengefasst werden, dass die Unterstützung, was die Gespräche und schriftlichen Rückmeldungen anging, sehr positiv war. Viele Bundestagsabgeordnete haben sich für den Weiterbestand der Bildungsberatung GF-H eingesetzt.

Weil auch in diesem Jahr nicht sicher sein wird, welche finanziellen Spielräume der Bundeshaushalt haben wird, gilt es, zeitnah die Lobbyarbeit wieder „hochzufahren“. Im ersten Schritt muss für eine neue Richtlinie lobbyiert werden. Hier gibt es erste Überlegungen, relevante Bundestagsabgeordnete anzuschreiben und sie auf den unsicheren Status quo hinzuweisen.

Programm Respekt Coaches (RC), angegliedert an die JMD

Im Berichtsjahr 2023 war die Arbeit im Programm sowohl auf Ebene der Koordination als auch vor Ort bei Trägern und Respekt Coaches-Fachkräften hauptsächlich von dem im Sommer ausgesprochenen vorzeitigen Ende des Programms geprägt.

So gab es in der ersten Jahreshälfte noch 96 Respekt Coaches an 59 aktiven Standorten in katholischer Trägerschaft. Ende des Jahres waren es nur noch 73 Fachkräfte an 52 Standorten, weil das Programmende viele Fachkräfte dazu bewog, ihre Tätigkeit im Programm vorzeitig zu beenden.

Nachdem die Information über das Programmende die BAG KJS im Juli 2023 erreicht hatte, wurden diese transparent an die Träger und Respekt Coaches weitergetragen. An vielen Standorten kam es zu vermehrten Lobbyaktivitäten und Aufrufen, das Programmende abzuwenden. In Form von zahlreichen Petitionen – auch im Verbund mit Trägern der Politischen Bildung und Organisationen und Vereinen der Kinder- und Jugendhilfe – wurde vielerorts für eine Fortsetzung des Programms gekämpft.

Gleichzeitig gab es bereits erste Anzeichen dafür, dass die wiederholten Unsicherheiten im RC-Programm den Vertrauensverlust der katholischen Träger verstärkten und sich an einigen Standorten auch Resignation und ein angekündigtes Aussteigen aus dem Programm zeigten. Auch die BAG KJS verlor eine kompetente Programmreferentin zu Ende Oktober 2023. Derzeit arbeitet eine Programmreferentin alleine weiter.

Durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 gab es im Herbst erneute Aufmerksamkeit für das Respekt Coaches Programm. Zahlreiche Bundestagsabgeordnete kritisierten die Beendigung eines Programms, in dem auch Antisemitismus neben anderen Diskriminierungsformen ein zentrales Thema in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen ist. So gab es dann in den Haushaltsverhandlungen eine Kehrtwende mit der Aussicht, das Respekt Coaches Programm auch im Jahr 2024 noch fortzusetzen. Allerdings wurden von den 31 Millionen lediglich 22,5 Millionen für das Bundesprogramm veranschlagt. Durch die Kürzung werden für das Jahr 2024 nur noch 46 Vollzeitäquivalente (VZÄ) an 38 Standorten finanziert. Zum Ende des Berichtsjahrs waren allerdings bereits zahlreiche Träger und Mitarbeiter*innen aus dem Programm ausgestiegen, sodass in katholischer Trägerschaft derzeit zwei Bundesländer nicht mehr im Programm vertreten sind (Berlin und Schleswig-Holstein). Von den 46 VZÄ sind derzeit 17 vakant und müssen nachbesetzt werden. Dies zeigt deutlich, wie sehr das Programm

durch den Vertrauensverlust und die Planungsunsicherheit des letzten Jahres gelitten hat.

Für die Koordination in katholischer Trägerschaft steht derzeit im Mittelpunkt, ob und mit welchen Rahmenbedingungen das RC-Programm noch über 2024 fortgesetzt werden kann. Ein klares Bekenntnis für oder ein definitives Ende des Programms mit koordinierter Abwicklung und fachlicher Dokumentation der RC-Arbeit sind von zentraler Bedeutung, um den Trägern und Fachkräften nicht ein weiteres Jahr der Unklarheit zumuten zu müssen. Die gesellschaftspolitischen Herausforderungen durch eine weitere Zunahme rechtsextremer Einflüsse und der wieder sichtbar gewordene Antisemitismus benötigen eine kontinuierliche Auseinandersetzung. Jugendlichen muss fortwährend Unterstützung in der Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins und diversitätsoffener Haltung angeboten werden.

Programm Mental Health Coaches (MHC), angegliedert an die JMD

Der offizielle Start des Mental Health Coaches (MHC) Programm wurde durch Bundesjugendministerin Lisa Paus am 12. September 2023 mit einer Kick-off Veranstaltung in Berlin verkündet. Zum 1. Juli 2023 wurden in der Geschäftsstelle in Düsseldorf eine Referentin mit 100 % BU und im Berliner Büro eine Sachbearbeiterin mit 100 % BU eingestellt. Der Großteil der Stellen für Mental-Health-Coaches konnte zeitgerecht mit passend qualifizierten Kolleg*innen besetzt werden.

An 20 Standorten teilen sich 32 Fachkräfte 21 VZÄ. Die Fachkräfte aus den Bereichen der Psychologie, Sozialarbeit und Erziehungswissenschaften haben die trägerübergreifenden Basisqualifizierungsprogramme durchlaufen und ihre Expertise im Themenschwerpunkt Mentale Gesundheit erweitert. Die trägerinterne fachliche Begleitung wurde in regelmäßigen Austauschtreffen und Sprechstunden im Onlineformat gewährleistet. Die Fachkräfte werden in den Verfahrensabläufen unterstützt und bekommen Handlungsimpulse für ihre Arbeitspraxis. Ab Januar 2024 wird ein monatlicher Methodenstammtisch organisiert, um von den Best-Practice-Beispielen zu profitieren und die Methodenvielfalt der Fachkräfte für die Gestaltung der Gruppenangebote zu erweitern. Auch sind trägerinterne kollegiale Beratungen in Präsenz in Planung.

In der Zeit vom 4. bis 6. Dezember 2023 veranstaltete die BAG KJS die Fortbildung „Ressourcenaktivierung und Resilienzförderung im Praxisfeld Schule“ für die MHC Fachkräfte in Bonn. Die Mental Health Coaches arbeiten derzeit an den 36 Kooperationsschulen in multiprofessionellen Teams mit Lehrkräften und der Schulsozialarbeit, um gemeinsam Schule so zu gestalten, dass über mentale Gesundheit gesprochen werden kann und psychische Probleme nicht stigmatisiert werden. Die Bedarfe werden in Teamgesprächen mit den Akteur*innen der Schule und im Austausch mit den Schüler*innen festgelegt. Auf dieser Grundlage gestalten die Fachkräfte niedrigschwellige Maßnahmen, mit denen sie auf die Belastungen und Sorgen der Kinder und Jugendlichen reagieren. Sie führen Gruppenangebote (Workshops, Gesprächskreise, kleine Arbeitsgemeinschaften, Angebote mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen wie der Kunst-, Theater- oder Erlebnispädagogik) eigenständig durch oder arbeiten mit externen Anbietern aus der Jugendarbeit mit entsprechender Expertise zusammen. Im Berichtsjahr wurden 114 Gruppenangebote durchgeführt. Die Angliederung des Modellvorhabens an die Struktur der JMD erlaubt, an die wertvollen Erfahrungen aus dem Programm Respekt Coaches anzuknüpfen.

In Modellvorhaben des Bundes sollen innovative Ansätze und Methoden zur Lösung aktuell auftretender Problemstellungen erprobt werden. Das MHC-Programm wird von der Universität Leipzig evaluiert. Erste Ergebnisse werden im September 2024 erwartet.

Die Referentin wirkte bei der Öffentlichkeitsarbeit des Modellvorhabens in Kooperation mit dem JMD Servicebüro mit. In der Zeitschrift „Forum“ (AGJ) und „Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis“ (BAJ) erschienen Artikel, die das Programm vorstellen und die Herausforderungen aus BAG KJS Perspektive darstellen.

Die BAG KJS nahm an der Jugendpolitischen Fachveranstaltung „Mentale Gesundheit von jungen Menschen und Fachkräften“ – veranstaltet vom Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. (HdJ) – teil. Die Vernetzung mit Akteur*innen, die zum Themenfeld mentale Gesundheit arbeiten und wirken, war für die Gestaltung der Umsetzung des Modellvorhabens sehr gewinnbringend.

In der Phase der Konzeptentwicklung des Modellvorhabens Mental-Health-Coaches konnte von einer Laufzeit über mehrere Schuljahre ausgegangen werden. Bereits im Juli 2023 wurde eine Projektdauer von lediglich einem Schuljahr mitgeteilt. Die angekündigten Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes im Haushaltsentwurf des BMFSFJ für 2024 und die vom Bundesfinanzministerium verhängte Haushaltssperre 2023 erschwerte die Verfahrensabläufe und die inhaltlichen Planungen des MHC-Programms. Dabei benötigt der Aufbau einer Kooperation mit Schulen und die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen am sensiblen Thema „psychische Gesundheit“ eine vertrauensvolle und kontinuierliche Basis.

Sehr erfreulich war und ist, dass sich trotz dieser schweren Rahmenbedingungen die Fachkräfte mit großer Motivation und Engagement für die Jugendlichen eingesetzt haben. Dank der guten JMD-Strukturen der BAG KJS wirken alle vom Ministerium freigegebenen JMD-Standorte am Programm MHC mit und haben alle Stellenbesetzungen zeitgerecht finalisiert. Das schaffte eine gute Grundlage für den Aufbau, die Gestaltung und die Umsetzung der Projektziele im Modellvorhaben Mental Health Coaches. Das Projekt ist aus Sicht des Vorstands kritisch zu reflektieren.

Vernetzung und Vertretung

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Sprecher-Rolle)

Geschäftsführung und Grundlagenreferent vertraten im Berichtsjahr die BAG KJS im Steuerungskreis des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit. In den Jahren 2022 und 2023 lag turnusgemäß die Sprecherrolle des Kooperationsverbundes bei der BAG KJS. Mit dem Jahreswechsel 2024 übernahm die BAG KJS die stellvertretende Sprecherrolle, die ursprünglich durch das Deutsche Rote Kreuz übernommen werden sollte. Das DRK beendete jedoch seine Mitarbeit im Kooperationsverbund und gab als Grund mangelnde Ressourcen im Themenfeld JSA an. Die Sprecher-Rolle für die Jahre 2024 und 2025 übernimmt die AWO.

Unter Leitung der BAG KJS nahm der Kooperationsverbund eine SWOT-Analyse vor und beschäftigte sich wesentlich mit Stellungnahmen und Positionen aus den Federführungsgruppen. Aktuelle Federführungsgruppen und deren verantwortliche Organisation sind:

- BAG KJS: Ausbildung und Beruf
- AWO: Benachteiligungssensible Schulsozialarbeit/Berufswahlentscheidung für benachteiligte junge Menschen
- BAG EJSA: Junge Menschen in prekären Lebenslagen
- BAG ÖRT: Jugendsozialarbeit baut Brücken
- DRK: Psychosoziale Gesundheitsförderung in der Jugendsozialarbeit
- IB: Chancengerechtigkeit durch Demokratie und politische Bildung
- Parität: Inklusive Berufsausbildung

Derzeit steht eine Überprüfung von Geschäftsordnung und zusätzlichen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit an sowie eine Überprüfung der Federführungsgruppen.

Trägerkreis Katholische Kinder- und Jugendhilfe

Die BAG KJS hat die Sprecher-Rolle im Trägerkreis Katholische Kinder- und Jugendhilfe inne, die geschäftsführend vom Katholischen Büro organisiert wird. In der Gruppe arbeiten die Caritas, der BDKJ, die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge und der AKSB mit.

Zentrales Thema war der Umgang mit den Kürzungen im Bundeshaushalt 2024. Dazu lud der Trägerkreis zu einem Gespräch mit der Staatssekretärin Gottstein aus dem BMFSFJ und der neuen Abteilungsleitung Jugend, Bohrkamp, ein. Das Gespräch war konstruktiv, in der Folge wurde der Geschäftsführer zu einem weiteren Gespräch mit der Staatssekretärin ins BMFSFJ eingeladen.

Trägerkreis Josefstag

Die BAG KJS wirkt im Trägerkreis des Josefstages mit und gestaltet gemeinsam mit dem arbeit für alle e. V (afa) und der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) die Kampagne. Der Tag ist eine gute Gelegenheit, den Fokus auf ein Feld der Jugendsozialarbeit zu richten und die Träger – insbesondere der Jugendberufshilfe – mit ihrer Arbeit in den Mittelpunkt zu rücken.

afa-Kooperationskreis

Die Treffen des afa-Kooperationskreises unter Federführung des BDKJ sind für die Fachreferent*innen im entsprechenden Themenfeld sowie für das Grundlagenreferat wichtige Möglichkeiten zur Vernetzung und zur inhaltlichen Weiterentwicklung.

Ständige Fachkonferenz Berufliche Bildung

Die ständige Fachkonferenz unter Federführung des Kolpingwerk Deutschland schafft politische Begegnungen mit Fachpolitiker*innen des Bundestages und einen wichtigen Austausch mit Akteuren des Handwerks.

YES-Forum

Die BAG KJS ist Mitglied im YES-Forum und damit eines europäischen Netzwerkes von Organisationen, die mit und für junge Menschen arbeiten, die Unterstützung in der allgemeinen und beruflichen Bildung oder beim Übergang ins Erwachsenenleben benötigen. Bis zum Herbst 2023 wirkte der Fachreferent für Europa im Vorstand des YES-Forums mit. Das Forum organisierte Treffen und Maßnahmen in Brüssel, an denen Mitarbeitende der BAG KJS teilnahmen.

IJAB

Als Mitglied des IJAB, der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland, wirkte die BAG KJS am Leitbild-Prozess von IJAB mit. Bei der Wahl zum Vorstand kandidierte erstmalig eine Kollegin des IB für das Themenfeld Jugendsozialarbeit im IJAB. Die BAG KJS organisierte entsprechende Absprachen zur Wahl in der Säule JSA.